

Kurzbewertung des Wahlprogramms

CDU/CSU

Standort Deutschland: Freiräume schaffen, Kosten senken

Die CDU/CSU will Bürokratie spürbar abbauen und plant Entrümpelungsgesetze und Bürokratiechecks. Wir werden die Union hier beim Wort nehmen. Neben einem Belastungsmoratorium müssen auch bestehende Regelungen auf den Prüfstand gestellt werden. Jährliche Bürokratieentlastungsgesetze sind zu begrüßen. Daneben sollen auch Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen über den Einkommenssteuertarif entlastet werden. Das ist begrüßenswert, um den privaten Konsum zu stärken.

Wettbewerbsfreiheit im B2B-Bereich

Richtige Maßnahmen, aber ohne Konsistenz

Die Union will die Befugnisse des Bundeskartellamts im Bereich der Missbrauchsaufsicht reduzieren und zusätzliche Regulierung durch ein „Gesetz gegen Draufsatteln“ verhindern. Gleichzeitig plant sie eine Verschärfung der Schutzvorschriften für Erzeuger und Lieferanten in der Lebensmittellieferkette. Der HDE begrüßt die geplante Einschränkung der Befugnisse des Bundeskartellamts, da die Missbrauchsaufsicht die Vertragsfreiheit einschränkt. Die geplante Deregulierung kann der unternehmerischen Freiheit und dem Wettbewerb neue Möglichkeiten bieten. Allerdings wird das generelle Bekenntnis zum freien Wettbewerb durch die geplante Verschärfung der Schutzvorschriften relativiert.

Tarifautonomie stärken, Flexibilität ermöglichen

Das klare Bekenntnis zur 40-Prozent-Zielmarke ist absolut richtig und von zentraler Bedeutung. Das gilt auch für den angekündigten Wechsel von der starren täglichen Arbeitszeit hin zur flexibleren Wochenarbeitszeit analog EU-Recht. Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeit (AVE) von Tarifverträgen sind hingegen strikt abzulehnen. Die negative Koalitionsfreiheit, also das Recht Koalitionen fernzubleiben, genießt ebenso wie die positive Koalitionsfreiheit, also das Recht sich Koalitionen anzuschließen, Verfassungsrang (Art. 9 Abs. III GG). Tarifbindung lässt sich nicht durch eine erleichterte staatliche Zwangserstreckung von Tarifverträgen (AVE) erreichen. Im Gegenteil: Die Tarifbindung steigt, wenn man den Tarifvertragsparteien wieder mehr Gestaltungsspielraum etwa durch zusätzliche Öffnungsklauseln zurückgibt. Eine Steuerfreiheit für Überstundenzuschläge in Vollzeit wäre nicht zielführend. Mehrarbeitszuschläge sind gesetzlich nicht verpflichtend.

Auch kann dies Druck auf Tarifverhandlungen für (höhere) tarifliche Zuschlagsregelungen sowie eine möglichst geringe tarifliche Vollzeitdefinition entfalten, was letztlich das Arbeitszeitvolumen reduzieren würde.

Standort- und Verkehrspolitik

Dass der umsatzdominante stationäre Einzelhandel vornehmlich Binnenhandel ist, die Versorgung der Bevölkerung sichert und somit systemrelevant ist, bleibt unbeachtet. Daher gibt es auch keine einzelhandelsspezifischen Zielstellungen zur Entwicklung der Handelsstandorte inklusive der Innenstädte. Der Stadtumbau zu klimaresilienten Städten wird herausgestellt. Die Entwicklung eines leistungsfähigen ÖPNV bei gleichzeitiger Bestätigung des Autoverkehrs zielt auf eine gute Erreichbarkeit auch der Handelsstandorte ab. Dies gilt auch für den Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Die CDU/CSU setzt dabei verstärkt auf öffentlich-private Partnerschaften.

Energiekosten: Stromsteuer, Netzentgelte und Netzausbau

Richtige Maßnahmen, bei Netzentgeltreduzierung – keine konkreten Vorschläge

Die Union will die Abgaben und Umlagen auf Strom senken, insbesondere die Stromsteuer und Netzentgelte. Sie erkennt steigende Netzentgelte als Kostenfaktor und fordert eine Reform zur Entlastung. Eine zusätzliche Netzentgeltbelastung für industrielle Großverbraucher, die nicht flexibel produzieren können, lehnt sie ab. Die Union spricht sich für einen effizienten Netzausbau aus, der mit Erneuerbaren Energien und Speichern verknüpft wird. Der HDE begrüßt die Reduzierung der Energiekosten für alle und die Reform der Netzentgelte, kritisiert jedoch das Fehlen konkreter Maßnahmen. Das Bekenntnis zum Netzausbau wird positiv bewertet, da es für die Energiewende entscheidend ist.

Berichts- und Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten

Richtige Maßnahmen, Abschaffung bestehender Gesetze nicht zielführend

Die Union will das deutsche Lieferkettengesetz abschaffen und Belastungen durch Regulierung eindämmen. Nationale Regelungen, die über EU-Recht hinausgehen, sollen zurückgenommen werden. Berichts- und Dokumentationspflichten sollen spürbar reduziert werden. Der HDE begrüßt die Reduzierung der Belastungen und die 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinien. Unternehmen benötigen dringend langfristige Planungs- und Rechtssicherheit. Die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bringt jedoch kaum Effizienzeffekte, da die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie ansteht.